



## Newsletter

*Juni 2017*

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Tod von Altbundeskanzler Helmut Kohl hat in allen Beiträgen und Würdigungen Europa in den Mittelpunkt gerückt. Kohl war nicht nur Wegbereiter der deutschen Einheit, sondern auch überzeugter Europäer und Mitinitiator des Euro. Er konnte gut mit den "kleinen" Mitgliedstaaten, brachte Verständnis auf für die eigenwilligen Sonderwege des Vereinigten Königreichs und pflegte gemeinsam mit Francois Mitterrand die deutsch-französische Freundschaft als starkes Fundament der EU. Diese Freundschaft und das Besinnen auf die Werte eines vereinten Europas könnten mit Emmanuel Macron und dem Wahlsieg seiner Bewegung "En Marche" auf ein neues Kapitel zusteuern.

Ich wünsche Ihnen eine erfreuliche Woche!

# *Inhalt*

## **I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen**

Im Fokus: Brexit, Trump und Besuch von der Elfenbeinküste	Seite 3
Staatsbeihilfen für und Besteuerung von Häfen	Seite 3
Einsatz von Pestiziden auf Vorrangflächen	Seite 4
Aussprache zu Glyphosat	Seite 4

## **II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg**

Berufsqualifikationen in der Binnenschifffahrt - Einigung in Sicht (Berichterstatterin)	Seite 5
CO2-Reduktion in der Luftfahrt - Stop the Clock (ALDE-Berichterstatterin)	Seite 5
Strategie für die Raumfahrt (Berichterstatterin)	Seite 5
Saubere Energie für alle Europäer	Seite 6
Dienstleistungskarte e-card: Bessere Dienstleistungen durch weniger Bürokratie	Seite 6
Seminarreise politisch interessierter Frauen nach Brüssel	Seite 7
Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung	Seite 7
Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform	Seite 8

## **III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"**

Rede auf der Jahrestagung der Arzneimittelhersteller (AESGP) in Wien	Seite 9
Treffen mit den Unternehmensverbänden Niedersachsen in Brüssel	Seite 9
Zwischenstopp auf der Heimreise: Diskussion über internationale Politik in Essen	Seite 9
Handwerkskammer Hannover: Meisterbrief und duale Ausbildung	Seite 9

## **IV. Europa unter der Lupe**

Der „Trilog“ - Verhandlungsrunden mit Parlament, Rat und Kommission	Seite 10
---	----------

## **V. Terminvorschau**

## *I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen*

### **Im Fokus: Brexit, Trump und Besuch von der Elfenbeinküste**

Traditionell gibt es Mittwoch vormittags im Straßburger Plenum immer eine Generaldebatte zu aktuellen Themen, die Europa bewegen und den Rat beschäftigen. Neben Kommentaren zum Wahlausgang in Frankreich standen hier vor allem zwei Ereignisse im Mittelpunkt: die Wahlen in Großbritannien und Trumps Ausstieg aus dem Klimaabkommen. In London hatte sich Premierministerin May durch vorgezogene Wahlen eine Stärkung ihrer Position und damit bessere Chancen bei den anstehenden Brexit-Verhandlungen erhofft. Das Gegenteil ist eingetreten: ihre Partei musste starke Verluste hinnehmen, sie ist damit jetzt auf die wenigen betont konservativen Abgeordneten aus Nordirland angewiesen, um überhaupt mit Mehrheit regieren zu können. Natürlich freut mich sehr, dass die europaskeptischen UKIPs nicht mehr im Parlament vertreten sind und die Liberalen deutliche Gewinne verzeichnen konnten. Aber was bedeutet der Wahlausgang für den Brexit? Hat nicht die Bevölkerung damit quasi ein Zeichen gegen den Brexit gesetzt? Auch unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt fragte in seiner Rede, ob im Vereinigten Königreich jetzt noch alles so zu deuten ist wie vorher, selbst wenn das Ergebnis des Referendums natürlich nach wie vor dasselbe ist. Chefunterhändler Barnier unterstrich allerdings, dass in Brüssel alles vorbereitet ist für die Austrittsverhandlungen - heute soll es losgehen.

Was Trump und seine Klimapolitik betrifft, hatte sich ja bereits abgezeichnet, was er von den Pariser COP21-Beschlüssen hält: nichts. Natürlich beschäftigt jetzt die EU die Frage, ob nach der Verabschiedung der USA aus dem Klimaabkommen in anderen Teilen der Welt - mit Europa als Vorreiter - ambitionierter vorgegangen werden muss, um die vereinbarten Klimaziele trotzdem zu erreichen. Das wird jetzt insbesondere in meinen drei Ausschüssen - Verkehr, Umwelt und Industrie/Energie - bei allen Gesetzgebungen eine Rolle spielen. Erfreulicherweise betreiben ja aber einige Staaten innerhalb der USA - beispielsweise Kalifornien - eine sehr klimafreundliche Politik und werden sich wohl auch von Präsident Trump nicht davon abbringen lassen. Parallel zu unserer Plenarwoche fand in New York - also quasi vor der Haustür des Präsidenten - die große UN-Ozeankonferenz statt, wo weitreichende Beschlüsse zur Statusverbesserung der Weltmeere gefasst wurden.

Eine willkommene Abwechslung von den hitzigen Debatten bot der Auftritt des Präsidenten der Elfenbeinküste, der sich mit einer beeindruckenden Rede an uns wandte. Ich finde es wichtig, durch Besuche afrikanischer Staatsoberhäupter immer wieder aktuelle Informationen über die jeweiligen Probleme und auch Erfolge dieses Kontinents mit durchaus großem Entwicklungspotential zu bekommen. Ich erinnerte mich während der Rede an einen liberalen Kongress vor einigen Jahren in Elfenbeinküste. Wir besuchten eine der Produktionsstätten für Kakao, die Dank des Eingreifens der Präsidentengattin schon damals insofern nachhaltig waren, als Kinder nur außerhalb der Schulzeiten bei der Ernte eingesetzt werden durften. Verschifft wird der Kakao im Hafen von Abidjan - ein Hafen mit großem Areal, aber noch viel zu geringem Umschlag. Europas Einsatz zur Stärkung der Wirtschaft in den afrikanischen Staaten bleibt eine wichtige Aufgabe.

### **Staatsbeihilfen für und Besteuerung von Häfen**

Als wir im letzten Jahr das "Port Package" mit Regelungen zu Dienstleistungen in Häfen abschlossen, geschah dies mit der Zusage der Kommission, die Vorgaben für Staatsbeihilfen wettbewerbsfreundlich zu gestalten. Im Mai gab die zuständige dänische liberale Kommissarin Vestager dann endlich bekannt, dass Häfen unter die Gruppenfreistellung fallen und Staatsbeihilfen für Investitionen dort genehmigungsfrei möglich sind, sofern sie nicht mehr als 150 Millionen Euro bzw. bei Binnenhäfen 50 Millionen pro Jahr betragen. Das betrifft auch Baggerarbeiten, wobei nicht zwischen Erstausbaggerung und Pflegearbeiten unterschieden wird. Genehmigungsfrei in unbegrenzter Höhe sind Staatsbeihilfen für Hafeninfrastruktur wie Gleise und Zufahrtstraßen. Diese Entscheidung wurde sehr begrüßt, denn dadurch werden Investitionen unbürokratisch ermöglicht und die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen gestärkt.

Jetzt prüft die Kommission in einem nächsten Schritt, ob die nationale Besteuerung von Häfen sich mit dieser Regelung verträgt oder ob durch die Art der Unternehmenssteuer in einigen Staaten Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU vorliegen. In Deutschland betrifft die Überprüfung die Häfen von Hamburg und Bremen. Hoffentlich herrscht bald Klarheit, damit die maritime Wirtschaft in Ruhe weiterarbeiten kann.

## **Einsatz von Pestiziden auf Vorrangflächen**

Kontrovers diskutiert wurde diese Woche ein Einspruch des Parlaments gegen einen Kommissionsbeschluss, der den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf sogenannten „Vorrangflächen“ verbietet. Vorrangflächen sind 5% der Anbauflächen von Betrieben mit Flächen größer als 15 Hektar, die als ökologisch ausgewiesen werden müssen. Diese Vorrangflächen sind allerdings keineswegs nur für organischen Anbau bestimmt. Das Verbot betrifft den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bei großkörnigen Leguminosen (zum Beispiel Ackerbohnen, Erbsen oder Linsen). Wir haben bei der Abstimmung gegen dieses Verbot gestimmt, da ein solches Verbot den Anbau von Eiweißpflanzen einschränken würde und somit mehr aus Drittstaaten importiert werden müsste. Leider haben wir die Abstimmung mit 13 Stimmen verloren. Dies wird sich zum Nachteil für den Anbau von Eiweißpflanzen auswirken.

## **Aussprache zu Glyphosat**

Nachdem im vergangenen Jahr die Neuzulassung des Unkrautvernichters Glyphosat sehr kontrovers diskutiert wurde, gab es Dienstagnachmittag eine Anhörung der Kommission zum aktuellen Zulassungsstatus. Die Initiatoren der mündlichen Befragung bezogen sich auf Studien, die vom Hersteller Monsanto in Auftrag gegeben wurden und welche als Grundlage der Bewertung der Europäischen Lebensmittelagentur und der Europäischen Chemikalienagentur dienten. Es wurde damit also erneut – aus meiner Sicht zu Unrecht - die Unabhängigkeit der Europäischen Agenturen in Frage gestellt. Derzeit läuft das Verfahren über eine mögliche Verlängerung der Zulassung. Kommissar Andriukaitis unterstrich, wie ich selbst auch immer wieder betone, die Rolle der Wissenschaft und verwies auf die Arbeit der Agenturen. Es gab unzählige Gutachten der Daten, auch sogenannte Peer-Review-Studien, und die Agenturen sind sich einig, dass Glyphosat bei sachgemäßer Anwendung nicht krebserregend ist. Diesen Befund teilen andere Agenturen weltweit. Es ist deshalb wichtig, die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu respektieren und sich nicht von emotional geführten Debatten beeinflussen zu lassen. Dennoch bleibt den EU-Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, Vorschriften für den Einsatz zu erlassen oder den Einsatz ganz zu verbieten.

## ***II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg***

### **Berufsqualifikationen in der Binnenschifffahrt - Einigung in Sicht (Berichterstatlerin)**

Seit gut einem Jahr arbeite ich federführend für das Parlament an der europäischen Ausbildung für Binnenschiffer, seit Herbst führen wir Gesetzesverhandlungen mit dem Rat. Die ersten beiden Trilogie letztes Jahr unter slowakischer Ratspräsidentschaft zeigten bereits, dass es nicht einfach wird, sich auf einen gemeinsamen Text zu einigen. Grund: fast die Hälfte der Mitgliedstaaten wollte aus unterschiedlichen Gründen vom Gesetz ausgenommen werden. Da es aber um die Anerkennung eines europäischen Zertifikats - quasi eines "Führerscheins" für die verschiedenen Berufsstände vom Matrosen bis zum Schiffsführer in der Binnenschifffahrt - und damit um Arbeitnehmermobilität geht, konnten wir dies nicht akzeptieren. Nach zahlreichen Treffen und informellen Gesprächen mit der maltesischen Ratspräsidentschaft zeichnet sich jetzt eine Lösung ab, die aber noch in einem für Ende Juni angesetzten Trilog bestätigt werden muss. Danach könnten drei Staaten von der Umsetzung in nationales Recht befreit werden: Malta und Zypern, weil sie gar keine Wasserstraßen haben, und Dänemark, weil der einzige Fluss Gudenå Naturreservat und ziemlich zugewachsen ist und daher nur von Kanus befahren werden kann. Alle anderen Staaten müssen das Gesetz umsetzen, zumindest was die Anerkennung der Ausbildungen angeht. Mehr dazu im nächsten Newsletter, denn dann haben wir voraussichtlich ein einvernehmliches Ergebnis.

### **CO2-Reduktion in der Luftfahrt - Stop the Clock (ALDE-Berichterstatlerin)**

Bereits zum dritten Mal wird über einen Ausschluss von Flügen von und nach Drittstaaten aus dem Europäischen Emissionshandelssystem beraten. Die Kommission hat den Vorschlag gemacht, da sich im Gremium der internationalen Luftfahrtorganisation ICAO auf ein globales System zur CO2-Reduktion im Flugverkehr geeinigt wurde - eine Forderung, die ich seit langem im Europäischen Parlament vertrete. Vor einigen Jahren war die damalige Klimakommissarin Heedegaard unter massiven Druck geraten, da Airlines aus Drittstaaten sowie Drittstaaten selbst sich gegen die Klimaabgabe der EU geweigert hatten. Sie hätten beispielsweise für einen Flug von New York nach Frankfurt für die gesamte Strecke Zertifikate erwerben müssen, obwohl nur ein Bruchteil über europäischem Terrain liegt. Gegenmaßnahmen wurden provoziert - Annullierungen von Airbus-Bestellungen in Drittstaaten oder das Androhen des Entzugs von Überflugrechten über andere Länder. Die von uns befürwortete globale Lösung - CORSIA - ist nun vereinbart, und nun gilt es, für das ETS noch so lange eine Ausnahmeregelung zu schaffen, bis das weltweite System für alle Flüge Anwendung findet und umgesetzt wird, um letztendlich die europäische Insellösung ETS abzulösen. Diese Position vertrete ich sowohl als Berichterstatterin der Liberalen im Verkehrsausschuss, der eine Stellungnahme abgibt, sowie in den Diskussionen im Industrieausschuss und im federführenden Umweltausschuss.

### **Strategie für die Raumfahrt (Berichterstatlerin)**

Die Kommission verfolgt mit Ihrem Vorschlag das Ziel, eine Europäische Strategie für Raumfahrt zu entwickeln - eine Initiative, die ich sehr unterstütze. Die EU hat einen Anteil von 21 Prozent in dem Sektor weltweit und etwa 230.000 Beschäftigte. Diese Position muss weiter ausgebaut werden. Raumfahrttechnologie spielt eine große Rolle für den Transportbereich. Ich habe als Berichterstatterin der Stellungnahme diesen Ansatz weiter verfolgt. Bei unserer Ausrichtung sollten wir einen technologieneutralen Ansatz fahren, weswegen ich der Meinung bin, dass alle Akteure in Entscheidungen einbezogen werden sollten. Die Raumfahrttechnologie wird künftig bei der Interoperabilität verschiedener Verkehrsträger und bei der Bewältigung eines wachsenden Verkehrsaufkommens durch intelligente Systeme unabkömmlich sein, ebenso beim Monitoring oder beim Luftverkehrsmanagement, auch bei illegalen Aktivitäten wie Verklappung von Abwasser auf See. In der Zukunft wird es noch mehr darauf ankommen, via Satellit Verkehrsströme zu verfolgen, zum Beispiel genaue Flugbewegungen. Da der Wettbewerb in diesem Sektor weltweit sehr stark ist, ist es für die EU umso wichtiger, Forschung und Entwicklung in dem Bereich zu unterstützen, der auch großes Potential für Arbeitsplätze bietet.



## Saubere Energie für alle Europäer

Im Herbst 2014 einigte sich die EU, die Treibhausgasemissionen in Europa um mindestens 40 % bis 2030 zu reduzieren. Als Antwort auf das Pariser Übereinkommen COP 21 veröffentlichte die Kommission im November letzten Jahres ein umfangreiches Paket von Gesetzesvorschlägen unter dem Titel „Saubere Energie für alle Europäer“, das zur Umsetzung dieser vereinbarten Ziele für die Klima- und Energiepolitik beitragen soll.

Ziel dieser Maßnahmen ist es auch, dafür zu sorgen, dass die EU beim Übergang zu einem umweltfreundlichen Energiesystem wettbewerbsfähig bleibt und sogar eine Vorreiterrolle übernimmt. Außerdem soll es eine Chance für die Modernisierung der europäischen Wirtschaft sein. Das soll durch drei Kernziele erfolgen: 1) Energieeffizienz als oberste Priorität, 2) Führungsrolle der EU im Bereich der erneuerbaren Energien, und 3) ein faires Angebot für Verbraucher. Konkret soll Energieeffizienz bis 2030 um 30 % verbessert werden. Der Anteil an erneuerbaren Energien soll am allgemeinen Energieverbrauch um mindestens 27 % erhöht werden und die Preise sollen sich stärker am Markt orientieren. Wenngleich das Ziel für die EU insgesamt verbindlich ist, sind auf nationaler Ebene keine verpflichtenden Ziele vorgegeben. Außerdem soll der Strommarkt neu gestaltet, die Stromversorgung besser gesichert und ein Governance Rechtsrahmen geschaffen werden. Verbraucher und Unternehmen sollen eine aktivere Rolle in der Gestaltung des Energiemarktes und ihrer eigenen Energieversorgung einnehmen, unter anderem durch die Einführung intelligenter Zähler. Energiearmut soll auch bekämpft werden. Die Maßnahmen betreffen alle Branchen im Zusammenhang mit Energie: Forschung und Innovation, Qualifikationen, Gebäude, Industrie, Verkehr, digitale Wirtschaft, Finanzen.

Ich begrüße diesen Gesetzesvorschlag, da ich davon überzeugt bin, dass wir unsere Energieversorgung im 21. Jahrhundert anders gestalten müssen. Allerdings bin ich der Auffassung, dass wir kein weiteres bindendes Ziel benötigen, wie zum Beispiel ein bindendes Energieeffizienz-Ziel. Wir haben in der EU den Emissionshandel. Ein weiteres verpflichtendes Ziel kann Zielkonflikte verursachen. Zudem ist das, was die Kommission vorschlägt, eher ein Verbrauchsminderungsziel. Es ignoriert Konjunktur, Wachstum und äußere Einflüsse. Hier benötigen wir Flexibilität. Mir ist es wichtig, dass dieser Gesetzesvorschlag das richtige Maß zwischen Klimaschutz und dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Industrie findet, denn ohne eine wettbewerbsfähige Industrie fehlt es uns auch an Kapital, um in innovative Technologien zu investieren und dabei energieeffizienter zu werden. In diesem Sinne ist es auch entscheidend, dass wir Investitionen auf mehreren Ebenen fördern, EU-Förderinstrumente wie das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizon 2020 effizient einsetzen und eine engere Zusammenarbeit zwischen Forschung und Industrie ermöglichen. Dafür werde ich mich in dem Eigeninitiativ-Bericht ‚Accelerating Clean Energy Innovation‘, für den ich ALDE-Berichterstellerin bin, auch zukünftig einsetzen.

Es gibt nur eine Sache, die bei dieser Energiewende meines Empfindens zu wenig berücksichtigt wird: die potenzielle Energie, die aus dem Ozean kommen kann. Den Prognosen zufolge werden Wellenenergie und Gezeitenenergie über kurz oder lang 10 % der Energieversorgung von Europa ausmachen können. Ich setze mich dafür ein, dass auch diese Perspektive eingebracht wird.

## Dienstleistungskarte e-card: Bessere Dienstleistungen durch weniger Bürokratie

Dienstleistungen machen zwei Drittel der Wirtschaftsleistung der EU aus und schaffen 90 % aller neuen Arbeitsplätze. Dennoch ist das Potenzial des Dienstleistungssektors im europäischen Binnenmarkt noch längst nicht erreicht. Grund dafür sind u.a. nationale Verwaltungshürden, regulatorische Hindernisse bei der grenzüberschreitenden Unternehmensgründung, mangelnde Kommunikation zwischen den Behörden der jeweiligen Mitgliedstaaten oder nationale Unterschiede in den Anforderungen für Versicherungen. Die Einführung einer neuen Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte, zusammen mit zwei anderen Maßnahmen des Dienstleistungspakets der Kommission, soll zur Bewältigung dieser Probleme beitragen. Dieser Vorschlag soll in einem ersten Schritt für Unternehmens- und Baudienstleistungen gelten und soll freiwillig bleiben. Sie soll es den Unternehmensdienstleistern erleichtern, die Verwaltungsformalitäten zu erfüllen, die für eine Dienstleistungstätigkeit im Ausland vorgeschrieben sind. Statt sich mit ausländischen Verwaltungsbehörden in einer Fremdsprache austauschen zu müssen, müssen die Dienstleister jetzt nur noch mit einem einzigen Ansprechpartner in ihrem Heimatland und in ihrer eigenen Sprache kommunizieren. Dieser Ansprechpartner übernimmt die Verantwortung, Bewerbungsunterlagen und Anforderungen zu prüfen, und leitet sie erst dann an den Aufnahmemitgliedstaat weiter. Damit soll das Hin-und-Her zwischen den Behörden, was Zeit und Geld kostet, vermieden oder zumindest verringert werden. Außerdem soll dieses Verfahren elektronisch durchgeführt und alle Daten elektronisch erfasst werden. Damit können die Verwaltungskosten vermindert werden und die teure Zertifizierung der

erforderlichen Dokumente fällt weg. Die elektronische Dienstleistungskarte soll auch die Anerkennung der Versicherungen im Heimatland erleichtern.

Natürlich bleibt der Aufnahmemitgliedstaat für die Anwendung seiner nationalen Vorschriften zuständig und behält das Recht, die Arbeiterlaubnis gegebenenfalls zu erteilen. Auch die Rechte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bleiben unberührt. Es ist auch wichtig zu unterstreichen, dass diese Karte keine regulatorische Harmonisierung der verschiedenen nationalen Vorschriften vorsieht.

Ich halte diesen Vorschlag für grundsätzlich hilfreich. Durch die Vereinfachung der bürokratischen Verfahren und der grenzüberschreitenden Unternehmensgründung können wir unseren Dienstleistungsbinnenmarkt wettbewerbsfähiger machen und damit auch eine höhere Auswahl und niedrigere Preise für die Verbraucher anbieten. Allerdings ist noch zu abzuwarten, in wie weit die Industrie dieses neue Verfahren auch wirklich nutzen wird. Stellungnahmen, die uns aus den betroffenen Bereichen bislang zugesandt wurden, beinhalten viele Kritikpunkte und Änderungswünsche.

Die ersten Abstimmungen finden im federführenden Binnenmarktausschuss sowie im Industrieausschuss im September statt.

### **Seminarreise politisch interessierter Frauen nach Brüssel**

Ende Mai habe ich die Teilnehmerinnen des Frauenförderprogramms der Friedrich-Naumann-Stiftung nach Brüssel eingeladen. Ich freue mich immer besonders auf diese Besuchergruppe, denn sie besteht aus sehr interessierten und hochmotivierten Frauen aus ganz verschiedenen beruflichen Hintergründen, die Eines gemeinsam haben: Lust, unsere Gesellschaft anhand von liberalen Ideen voranzubringen.

Das drei-Tage-Programm bestand dementsprechend aus vielen und hochrangigen Terminen. Zum Auftakt des Programms gab es ein Gespräch mit dem Leiter des Regionalbüros der Friedrich-Naumann-Stiftung in Brüssel, Herrn Hans Stein, wo die Gruppe über die Arbeit der Stiftung erfuhr und so die ersten Eindrücke von der europäischen Hauptstadt sammelte. Als nächstes ging es zur Geschäftsstelle der ALDE-Partei, wo der Leiter der Abteilung für Politik, Philipp Hansen, über die grenzüberschreitende Arbeit der europäischen liberalen Partei berichtete und die Frauen mit wertvollen Ideen für den bevorstehenden Wahlkampf rüstete. Nach einem Gespräch über Verkehr und digitale Infrastruktur in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik trafen wir uns im Zentrum zum gemeinsamen Abendessen. In einem traditionellen Fischrestaurant auf der Place Ste. Catherine im historischen Zentrum Brüssels, erzählten wir in kleiner Runde, wie wir als Frauen den Liberalismus erleben und täglich mitgestalten.

Am nächsten Tag kamen die Frauen ins Europäische Parlament, wo sie sich mit drei liberalen Abgeordneten zu Außen-, Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik austauschten: mit dem ehemaligen slowenischen Außenminister und Botschafter in Berlin Ivo Vajgl, meinem FDP-Kollegen aus Baden-Württemberg Michael Theurer und der österreichischen Vizepräsidentin der ALDE-Partei Angelika Mlinar. Zusätzlich gab es auch Gespräche mit der Pressereferentin und einem Fraktionsreferenten der liberalen Fraktion im Parlament (ALDE). Nachmittags nahmen die Frauen an einer Sitzung des Verkehrsausschusses teil, wo es um den hochpolitisierten Vorschlag für ein Interrailticket ging. Der Tag endete mit einer Stadtführung, die vom europäischen Viertel bis runter in die Altstadt führte. Den letzten Vormittag verbrachte die Gruppe mit einem Besuch beim Hanse-Office, gefolgt von der Teilnahme an einer Fraktionssitzung der ALDE-Fraktion, wo gerade über einen Entschließungsantrag zur Bekämpfung des Antisemitismus debattiert wurde.

Ich hoffe, dass dieser Besuch die Frauen davon überzeugt hat, dass es sich lohnt, sich für eigene Ideen auch auf europäischer Ebene einzusetzen und sich untereinander zu unterstützen. Ich wünsche ihnen weiterhin alles Gute und freue mich auf ein Wiedersehen.

### **Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung**

Anfang Juni hat eine Gruppe von Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung aus Deutschland, Estland, Griechenland und Ungarn die europäische Hauptstadt Brüssel besucht. Ich habe sie zum Auftakt des Programms namens „Europaforum: My Europe in the Age of Populism“ auf ein Mittagessen im Europäischen Parlament getroffen. Später trafen sich die Stipendiaten mit anderen Europaabgeordneten, besuchten die ALDE-Partei und nahmen an einer Sitzung meiner liberalen Fraktion im Parlament teil. Außerdem besuchten sie einen Workshop für Verhandlungssimulation. Ich hoffe, sie hatten einen interessanten Aufenthalt in Brüssel und wünsche Ihnen noch viel Erfolg für Ihre beruflichen Projekte.

## **Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform**

- Im Trilog: Berufsausbildung für Binnenschiffer, Sicherheit von Passagierschiffen, Tierarzneimittel und Antibiotikaresistenz, EASA, Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft;
- Demnächst im Trilog: Typengenehmigung; Luftverkehrspaket,
- Im Ausschuss: Strategie für emissionsarme Mobilität, Grenzüberschreitende Paketzustelldienste, Aussetzung des Emissionshandels für den Luftverkehr („Stop The Clock“)



### ***III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"***

#### **Rede auf der Jahrestagung der Arzneimittelhersteller (AESGP) in Wien**

Es ist immer wieder eine gute Gelegenheit zum Austausch, als Rednerin an einer Tagung des Europäischen Arzneimittelherstellerverbandes AESGP teilzunehmen, diesmal bei der Jahreshauptversammlung in Wien, auf welcher rund 500 Repräsentanten von Arzneimittelherstellern weltweit vertreten waren. Als Berichterstatterin der Liberalen sprach ich zur Medizinprodukte-Verordnung, welche sich derzeit in der Umsetzungsphase befindet. Besonders wichtig ist für die Hersteller, dass die Kommission möglichst rasch mit der Benennung der sogenannten „benannten Stellen“ beginnt, da diese wiederum das Genehmigungsverfahren für Medizinprodukte ausgestalten und die Kriterien liefern, die Hersteller bei der Beantragung erfüllen müssen. Es ist im Interesse Aller, und nicht zuletzt aller Patienten, eine schnelle Umsetzung der Verordnung zu garantieren, damit keine Engpässe bei der Versorgung entstehen.

#### **Treffen mit den Unternehmensverbänden Niedersachsen in Brüssel**

Wenn der UVN nach Brüssel kommt, ist ein Treffen zum Austausch über aktuelle Fragen für niedersächsische Abgeordnete quasi Pflicht, wenn es zeitlich einzurichten geht. Mit einigen Verbandsvertretern sprach ich schon beim Empfang des niedersächsischen Wirtschaftsministers - der kurioserweise in der Landesvertretung von Nordrhein-Westfalen stattfand, da die niedersächsische Landesregierung durch den Abriss eines Nachbarhauses vorübergehend "lahmgelegt" war. Am nächsten Abend gab es ein Essen mit Kommissar Günter Öttinger, der - wie immer unterhaltsam und auf den Punkt gebracht - von seiner Arbeit und aktuellen Vorhaben der Kommission berichtete und für einen engagierten Weiterbau des "europäischen Hauses" warb. Als I-Tüpfelchen gab es für mich ein Wiedersehen mit gut bekannten Liberalen, denn neben der Unternehmerin Tanja Kühne gehörten auch Patrick Döring, MdB a.D. und Jörg Bode, MdL, zur Delegation.

#### **Zwischenstopp auf der Heimreise: Diskussion über internationale Politik in Essen**

Einen schönen Tagungsort hatte sich der Landesfachausschuss (LFA) Internationale Politik aus Nordrhein-Westfalen ausgesucht: ein Restaurant mit Seeblick am Fuß der Villa Hügel in Essen, Stammsitz der Familie Krupp. Wie immer bei solchen Treffen folgte auf meinen Bericht aus dem Parlament im allgemeinen und aus meinen Ausschüssen im Besonderen eine ausgiebige Diskussion zu sehr unterschiedlichen Themen: Wahlen in Mexico, Krise in Venezuela, Emissionsgrenzwerte für Kohlekraftwerke, Kreislaufwirtschaft, Stahlindustrie, Energieeffizienz, Natura 2000.....Das Wechseln zwischen den Themenfeldern kenne ich ja aber nicht nur wegen meiner diversen Zuständigkeiten, sondern auch von früheren LFA-Treffen. Auf jeden Fall war dies ein sehr interessanter und intensiver Zwischenstopp, bevor ich per Zug meine Heimfahrt fortsetzte.

#### **Handwerkskammer Hannover: Meisterbrief und duale Ausbildung**

Wann immer die Kammern ein europapolitisches Anliegen haben, laden sie die Abgeordneten ihres Wahlkreises zum Gespräch. Bei den Handwerkskammern gibt es zur Zeit Gesprächsbedarf über die e-card (s.o.) und vor allem über die Dienstleistungsrichtlinie. Die europäischen Grundfreiheiten sollen die freie Mobilität für Menschen, Waren, Dienstleistungen und Finanzen innerhalb der EU garantieren. Im Bestreben, den Binnenmarkt noch "gängiger" zu machen, gibt es immer wieder Vorschläge aus der Kommission zur "Harmonisierung" von Ausbildungen und Abschlüssen - so auch dieses Mal. Die Idee ist ja auch im Prinzip gut und richtig, die Frage ist nur jedes Mal, was als Basismodell für die Harmonisierung gewählt wird. Unsere duale Ausbildung gilt zwar auch im Ausland als Erfolgsmodell und der Meistertitel steht für Qualität. Da die meisten Staaten aber andere Ausbildungs-Systeme haben und empfindlich reagieren, wenn ihnen etwas "übergestülpt" werden soll, gerät unser Modell immer wieder in Gefahr, einer Nivellierung zum Opfer zu fallen. Dies gilt es nun zu verhindern.

## *IV. Europa unter der Lupe*

### **Der „Trilog“ - Verhandlungsrunden mit Parlament, Rat und Kommission**

Über jeden Gesetzesvorschlag der Kommission berät das Parlament, indem es Änderungsvorschläge einbringt. Dazu wird der Vorschlag formell an das Parlament übermittelt. Zuerst wird dann festgelegt, welcher Ausschuss sich mit dem Vorschlag federführend befasst. Innerhalb eines Ausschusses wird dann der Vorschlag an eine Fraktion „versteigert“. Dies geschieht nach einem ausgeklügelten Punktesystem, nach Fraktionsgröße gestaffelt. Die Fraktion, die die meisten Punkte bietet und die Federführung über den Vorschlag erhält, stellt den Berichterstatter. Er (oder sie) erstellt eine Liste an Änderungsvorschlägen zum Kommissionsvorschlag, den sogenannten „Bericht (des Ausschusses)“. Darüber hinaus bestimmt er den Zeitplan, führt die Verhandlungen mit anderen Fraktionen und den anderen Institutionen. Er ist für diesen Vorschlag verantwortlich für das Parlament. Andere Fraktionen benennen ebenfalls jeweils eine/n verantwortlichen Abgeordneten, die sogenannten Schattenberichterstatter (oder auch „Berichterstatter der Fraktionen“). Sie sind erste Ansprechpartner für den Berichterstatter, wenn er mit den Fraktionen verhandelt. Außerdem erstatten sie ihrer eigenen Fraktion jeweils Bericht über den Fortgang des Gesetzgebungsprozesses.

Zusammen mit den „Schatten“ begleitet der Berichterstatter den Prozess durch den Ausschuss bis zur Plenarabstimmung. Dann werden durch das Verhandler-Team des Parlaments (Berichterstatter und Schattenberichterstatter) die Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission aufgenommen, um sich auf einen finalen Gesetzestext zu einigen. Diese Verhandlungen werden „Trilog“ genannt, da alle 3 europäischen Institutionen – Rat, Kommission und Parlament – vertreten sind. Arbeitspapier ist ein sogenanntes „4-Spalten-Dokument“, in dem jeweils nebeneinander Paragraph für Paragraph die Texte der Kommission, des Parlaments und des Rates der Fachminister aufgeführt sind. Die 4. Spalte ist eigentlich die entscheidende: da wird – falls die Texte nicht identisch sind, was häufig der Fall ist – vermerkt, ob es einen Kompromisstext gibt und wie der lauten könnte oder ob dieser Punkt für einen der Verhandlungspartner eine „rote Linie“ darstellt, falls die eigene Position nicht übernommen wird. Für den Rat verhandelt ein Team der jeweiligen Ratspräsidentschaft – bis Ende Juni also Malteser, ab 1. Juli ein Team aus Estland. Die Esten sitzen jetzt immer schon dabei, damit sie informiert sind, falls das Gesetz von ihnen weiter verhandelt werden muss.

Meine Verhandlung zur Binnenschifffahrt wird voraussichtlich noch mit dem maltesischen Team erfolgreich beendet werden können. Es kommt aber auch immer wieder vor, dass es gar keine Einigung gibt – in dem Fall wird der gesamte Vorschlag an die Kommission zurück geschickt. Diese Gesetzesprozesse können sehr langwierig sein und mehrere Jahre dauern. Wenn das Verfahren erfolgreich abgeschlossen werden kann, wird es offiziell vom Parlament und vom Rat beschlossen und von allen Mitgliedstaaten unterzeichnet. Innerhalb einer festgelegten Frist – meist ca. 3 Jahre – muss dann diese europäische Regelung in nationales Recht umgesetzt und angewandt werden. Etwa 80 % unserer deutschen Gesetze haben ihren Ursprung in der EU – unser Alltag ist also „europäisch“.

## V. Terminvorschau

19.-22.6	Brüssel	Ausschüsse, Rede BDI, deutsch-irische Studentengruppe
20.6.	Brüssel	Veranstaltung "Maternal health of refugees"
22.6.	Brüssel	Offshore-Konferenz der Meeresgruppe SEARICA
26.-29.6	Brüssel	Fraktion, IHK-Nordic-Talk, Frauen-Business-Netzwerk
27.6.	Brüssel	Trilog Qualifizierung von Binnenschiffen
30.6.	Rostock	Besichtigung der Hybrid-Fähre Rostock-Gedser
1.7.	Kassel	Liberales Frauen, geschäftsführender Bundesvorstand
3.-6.7.	Straßburg	Fraktion, Plenum
6.7.	Herrenberg	Quartal Liberal
8.7.	Köln	Liberales Frauen, Bundesvorstand

Abreden für Termine in Deutschland und Interesse an Besucherreisen bitte über Kirsten Zander in meinem Wahlkreisbüro.

Kontakt: info@gesine-meissner.de; Tel: 05103-706637



19. Juni 2017